

Kontext gestellt wird. Hier bleibt *Schuppert* bei aller gedanklicher und disziplinärer Offenheit und Flexibilität weiter der Staats- und Verwaltungsrechtler, als der er seine wissenschaftliche Karriere begonnen ab. Will man eine möglichst schnelle Orientierung, ist man auf das sehr differenzierte Inhaltsverzeichnis verwiesen, mit dem man freilich nur bei gehöriger Vorbildung etwas anzufangen weiß. Ohne diese wird bereits die Lektüre zum Bohren eines dicken Brettes. Allerdings können auch einzelne Teile des Werkes mit Gewinn gelesen werden. Deutlich wird auch ohne explizites Fazit, dass *Schuppert* die Grundlage für eine Regelungswissenschaft legt, die sich nicht nur der unverzichtbaren rechtswissenschaftlichen Basis versichert, sondern erkennt, dass es auch jenseits des territorial begrenzten, hoheitlich agierenden Staates neue Regelungsakteure, neuartige Regulierungsmodi und veränderte institutionelle Bedingungen gibt. Bleibt zu hoffen, dass die Politikwissenschaft sich genauso offen für die rechtswissenschaftlichen Aspekte zeigt, wie dies umgekehrt spätestens seit der Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft nicht nur für Mittler zwischen den disziplinären Welten wie *Schuppert* gilt.

Nicolai Dose

Internationale Beziehungen

Burchardt, Hans-Jürgen, Rainer Öhlschläger und Ingrid Wehr. *Lateinamerika: Ein (un)sicherer Kontinent?* Reihe Studien zu Lateinamerika Band 11. Baden-Baden. Nomos 2011. 194 Seiten. 19,00 €.

Mit dem vorliegenden Band führen die HerausgeberInnen eine traditionsreiche

Veröffentlichung fort, die Weingartenreihe, die sich parallel zur alljährlichen Tagung im oberschwäbischen Weingarten als Medium des Theorie-Praxis Transfers der Lateinamerikastudien etabliert hat. Der Band ist in zwei Großbereiche gegliedert. Den ersten Teil formen fünf theoretisch-konzeptionelle Beiträge, den zweiten Teil bilden vier Politikfeldanalysen und Fallbeispiele. Der einführende Beitrag von *Hans-Jürgen Burchardt* umreißt als Klammer vier Dimensionen der Sicherheitsfrage: die Dimension der öffentlichen Sicherheit, der nationalen Sicherheit, die transnationale Dimension sowie die regionale und internationale Dimension. Vor allem die Dimension der öffentlichen Sicherheit habe an Bedeutung gewonnen, so *Burchardt*. Mit dieser Dimension werde zum einen das Phänomen des failing state angesprochen. Dem Staat kommt dabei die Rolle eines Garanten der öffentlichen Ordnung immer mehr abhanden, auch weil seine Sicherheitskräfte inzwischen oft tief verstrickt sind in Drogenkriege und Schutzindustrien und damit Teil des Problems sind, wie die Beiträge von *Andreas Boeckh* und *Matias Dewey* zeigen. Zum anderen spricht die Dimension der öffentlichen Sicherheit auch die wachsende Chancenungleichheit beim Zugang zu Sicherheit an. So legitimiert das Konzept der seguridad ciudadania, der Bürgersicherheit, eine Ausgrenzung all jener sozialen Randgruppen, die keine Bürgerrechte haben, da sie illegal sind oder Teil der informellen Ökonomie. Indem der Band damit dezidiert die partizipative Komponente von Sicherheit in den Blick nimmt und ihr auch einen Beitrag widmet (*Burchardt, Lehmann, Lüthmann*), stellt er sich in eine lateinamerikanische (Denk)Tradition und hebt sich damit von gängigen

Fallstudien aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ab. Die transnationale Dimension diskutiert die Raumdynamik der Unsicherheit, etwa durch die zunehmende Vernetzung der Drogenökonomie. Unter der regionalen und internationalen Dimension werden die verschiedenen Kooperationsprojekte im Bereich Sicherheit diskutiert, wie Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA), Unión de Naciones Suramericanas (UNASUR) und Plan Colombia. Der Beitrag von *Waldmann* setzt das Konzept der Unsicherheit in einen Kontext mit den Konzepten Gewalt und Risiko und verortet diese modernisierungstheoretisch. Gut differenziert wird die gruppenspezifische Auswirkung von Unsicherheit, die für Gruppen, die bisher auf informelle Formen der Konfliktschlichtung zurückgriffen, eine Verunsicherung bedeutet. Dabei greift der Beitrag nicht nur auf gängige Konzepte der europäischen politischen Theorie zurück, sondern auch auf lateinamerikanische Autoren wie Diego Gorgal. Leider werden bisweilen Allgemeinplätze bemüht („die Kernzelle von Mutter und möglicherweise von verschiedenen Vätern stammenden Kindern“), die durch einen Rückgriff auf aktuelle Studien differenzierter dargestellt werden könnten. Die Ambivalenz von Sicherheit ist das Thema *Lothar Brocks* wie auch das von *Burchardt*, *Lehmann* und *Lühmann*. Anhand der Sicherheitsagenda der Organization of American States (OAS), dem lateinamerikanischen Verteidigungsrat Consejo de Defensa Sudamericano (CDS) und dem Kooperationsprojekt ALBA unter der Führung Venezuelas zeigt *Lothar Brock* die nicht-intendierten Folgen einer regionalen Sicherheitspolitik auf. Will Sicherheitspolitik nicht in einer neuen Phase

des Militarismus enden – hier nimmt *Brock* Venezuela in den Blick – müsse das Demokratiedefizit, das einer „Versicherheitslichung“ (S. 35) von Politik innewohnt (beispielsweise Menschenrechtsverletzungen im kolumbianischen Kampf gegen den Drogen-Terrorismus) bearbeitet werden. Der Beitrag *Brocks* besticht durch die auf knappem Raum dichte Analyse der lateinamerikanischen Sicherheitsagenden und eine klare Diskussion der Konsequenzen des Sicherheitsdiskurses. Andere Teile des Textes, etwa der eher holprige, extensive Diskurs über die Einhegung versus Kontrolle von Gewalt, werden in der Analyse nicht rückbezogen und wirken deshalb losgelöst. Lateinamerika in der Nachkriegssituation behandelt der Beitrag von *Sabine Kurtenbach*. Die Stärke des Beitrags ist eine vom Leser lange erwartete Abgrenzung zentraler Begriffe wie Krieg, Gewalt und Konflikt. In der Analyse selbst verschwimmen diese Abgrenzungen aber wieder, etwa wenn der Drogenkonflikt konsequenterweise aus der Nachkriegssituation zunächst ausgeklammert und dann doch wieder einbezogen wird. Gerade das Beispiel Mexiko, wo der Konflikt im Chiapas einerseits und der Drogenkonflikt andererseits zusammenspielen und eben nicht mehr klar trennbar sind, zeigt, dass eine Auseinandersetzung über die Konzepte Konflikt und Krieg gerade im Bereich der Konfliktmessung noch nicht erschöpfend erfolgt ist. Der Beitrag von *Brombacher* zur Drogenökonomie als Unsicherheitsfaktor ist zwar im zweiten Teil der Fallbeispiele angesiedelt, aber vom Theoriegehalt einer der stärksten des Sammelbandes. Er untersucht die Wirkung von Gewalt als Kommunikationsmittel zwischen organisiertem Verbrechen, Gesellschaft und Staat und zeigt vor allem am mexikani-

schen Beispiel auf, dass staatliche Gewalt im Kampf gegen die Drogenökonomie zwar einzelstaatlich rational, regional aber verheerend ist, da sich der Staat als politischer Akteur statisch verhält, während die Drogenbosse als ökonomische Akteure raumdynamisch (re-) agieren. Nur wenn die Politik diesen Schritt der Transnationalisierung ebenfalls geht, so *Brombacher*, besteht eine Chance für eine erfolgreiche Bekämpfung der Drogenkriminalität. Der Beitrag von *Stefanie Kron* verdeutlicht, teilweise mit eigenem Interviewmaterial zum Grenzkonflikt zwischen Nicaragua und Costa Rica, die von *Lothar Brock* beschriebene Änderung der Governance durch den Sicherheitsdiskurs am Beispiel der regionalen Beratungsprozesse zu Migration. Ihre diskurstheoretische Analyse dieser nicht bindenden Foren der Entscheidungsfindung zu migrationsbezogenen Angelegenheiten zeigt, dass vor allem seit 9/11 die Kriminalisierung von Migration zugenommen hat. Diese Kriminalisierung, so *Kron*, führe zu einer sozialen Dekontextualisierung, die die von Migration ausgehende Gefahr in den Vordergrund stelle und die Gründe und sozialen Konflikte von Migranten unsichtbar mache. Aus einem aktuellen Forschungsprojekt berichtet auch *Matias Dewey*. Er untersucht drei Polizeiorganisationen in Buenos Aires, Mexiko Stadt und Santiago de Chile und ihre Rolle in der Schutzindustrie. Die Stärke des Beitrags liegt in der Kritik an der normativen Betrachtungsweise, die Konzepten wie den failed states zu Grunde liegt. Gerade in fragilen Staaten sei die Polizei besonders erfolgreich im Anbieten von Schutz, nur fokussiere sie dort auf den illegalen Schutz, der die Grundlage von zahlreichen Geschäftsmodellen, vom illegalen Autohandel bis

zur Drogenökonomie, bilde. Eine rein normative Betrachtung verhindere, den Erfolg der Schutzökonomie, und damit die Stärke der Polizei, in den Blick zu nehmen. Hier schließt sich der Kreis zum Beitrag zu *Burchardt et al.* (den Schluss muss allerdings der/die LeserIn selbst vornehmen), denn bei einer Dominanz von illegalem Schutz bestimmt der jeweilige Geldbeutel über die eigene Sicherheit. Das Verhältnis von legalem zu illegalem Schutz erklärt *Dewey* pfadabhängig. Leider geht dieses an sich gute Argument auf dem geringen Raum verloren, so dass nur, wer ein tieferes Vorverständnis der Fälle mitbringt, die Unterschiede zwischen den drei Ländern durchschauen kann. Den Abschluss des Sammelbandes bildet eine Analyse der aktuellen Situation in Venezuela von *Andreas Boeckh*. Trotz schlechter Datenlage gelingt es *Boeckh*, einige Mythen zu enttarnen und die Monokausalität von sozialer Ungleichheit, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Kriminalität aufzubrechen. So zeigt er, dass unter Chávez trotz einer Verringerung der Armut die Kriminalität zugenommen hat. Dies sei – hier knüpft *Boeckh* an das Argument von *Dewey* an – vor allem der Verstrickung der Sicherheitskräfte und der großen Diskrepanz zwischen Regimeanspruch und Performanz geschuldet.

Auf einen definitorischen Teil beziehungsweise einen über die vier Dimensionen hinausgehenden analytischen Bezugsrahmen wurde im Sammelband verzichtet. Dadurch wird ein intradisziplinärer Zugang ermöglicht, der Ansätzen der politischen Ökonomie (*Dewey*) ebenso wie konstruktivistischen Ansätzen (*Kron*, *Brock*) Raum gibt. Die Abgrenzung zentraler Begrifflichkeiten bleibt aber unscharf und wird erst an später Stelle vorgenommen; so muss

etwa der/die LeserIn bis zum Beitrag von *Sabine Kurtenbach* auf eine Abgrenzung der zentralen Kategorien Krieg, Gewalt und Konflikt warten. Ebenso werden sämtliche Akteure, seien es illegale Autohändler oder Drogenbosse, als sicherheitspolitische Spieler kategorisiert (10), und erst im Beitrag von *Brombacher* (119) wird klar gestellt, dass „die Verbindung zwischen illegalem Güterhandel und Unsicherheit [...] jedoch nur eine vermeintlich eindeutige“ ist. Insgesamt ist der Sammelband höchst lesenswert und geht weit über die Ambitionen eines bloßen Tagungsbandes hinaus, da er Ansätze der Internationalen Beziehungen sowie der Friedens- und Konfliktforschung mit eher in den Area Studies angewandten Betrachtungsweisen zusammenbringt und die Brennpunkte Lateinamerikas (Migration, Drogenhandel, Schutzindustrie) beleuchtet.

Patricia Graf

Frech, Siegfried, und Boris Kühn (Hrsg.). *Das politische Italien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur*. Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag 2012. 350 Seiten. 19,80 €.

Siegfried Frech und *Boris Kühn* haben einen Band herausgegeben, der zwar unvermeidlicherweise bei der politischen Entwicklung den dramatischen Ereignissen in Italien hinterherhinkt, aber dafür originellere Themen enthält als die Mehrzahl vergleichbarer Titel, nämlich auch Kapitel zu Fragen wie Immigration, Regionalismus und Frauen; leider fehlt ein Kapitel zur katholischen Kirche. Die Herausgeber liefern außer der knappen Einleitung keinen eigenen Beitrag, haben aber offensichtlich gute Kontakte zum Land ihrer

Wahl, denn nahezu die Hälfte der Autoren sind Italiener. Fußnoten und Literaturverzeichnisse deuten darauf hin, dass man einen mit akademischen Usancen vertrauten Leserkreis erwartet. Das Buch beginnt nicht mit einem historischen Rückblick, sondern mit einem Kapitel zur Wirtschaft, das mit „Strukturwandel“ überschrieben ist und die Dynamik unterstreicht, die *Horst-Günter Wagner*, einem Wirtschaftsgeographen, besonders am Herzen liegt. Seine Fachrichtung führt dazu, dass man auch über Dinge wie die Landschaftsabhängigkeit des Wirtschaftens, die ökologischen Risiken und die Einbettung des Landes in den Mittelmeerraum liest. Zuversichtlicher als andere in diesem Band ist *Wagner*, was den Süden angeht: Infrastrukturell sei er inzwischen auf Augenhöhe und weise auch Inseln gewerblicher Verdichtung auf, doch bleibe er in seiner Wirtschaftsleistung noch immer deutlich hinter dem Norden zurück.

Originell ist auch, dass die lange Vergangenheit auf zwei Kapitel beschränkt ist, Risorgimento und Faschismus, beide von kundigen Verfassern in griffigen Formulierungen und mit stets vergleichendem Blick auf Deutschland präsentiert. Das Problem des jungen Nationalstaats bei seiner Gründung sei sein wesentlich unfertiger Charakter gewesen, während Mussolini Opfer seiner Aggressivität geworden sei. Plastisch führt *Malte König* die Besonderheiten faschistischer Zusammenarbeit vor, die mit Partnerschaft nichts anzufangen wusste, und geht am Schluss ausführlich auf den folgenreichen „Prozess kollektiver Selbstabsolution“ (89) des Landes ein.

Ganz ungewöhnlich ist, was *Alessandra Dino* zum Thema Mafia schreibt. Sie hält sich nicht lange mit Revolverhel-